

## Ortsumgehungen L 14 (DN) und L 50 (AC) kommen in 2008

Regionalrat beschließt regionalen Vorschlag für das Landesstraßenbauprogramm 2008

Die für Baumaßnahmen des Landesstraßenbauplanes jährlich zur Verfügung stehenden Finanzmittel werden im Haushalt des Landes festgelegt. Im Jahr 2007 stehen Mittel in Höhe von 67,0 Mio. € bereit. Nach Abzug von 7,0 Mio. € die zugunsten des Sofortprogramms zur Beseitigung gravierender Deckenschäden an Landesstraßen eingesetzt werden, stehen für die Baumaßnahmen im Landesstraßenbauplan noch 60,0 Mio. € zur Verfügung.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung vom 07. September 2007 den **Landesstraßen-**

**bauplan 2007-2011** und das **Bauprogramm 2008** beschlossen.

Der Landesstraßenbauplan legt die Maßnahmen fest, mit deren Realisierung bzw. Beginn **innerhalb der nächsten fünf Jahre** zu rechnen ist. Kriterien für die Aufnahme sind **Planungsstand, Realisierungschancen** und **Zusammenhang mit Projekten Dritter**. Die Landesstraßenbauprogramme legen jeweils konkret fest, welche der Maßnahmen aus dem Landesstraßenbauplan im Folgejahr realisiert werden.

In das Landesstraßenbaupro-

gramm 2008 hat der Regionalrat zwei neue Projekte aufgenommen, die nun für einen Baubeginn in 2008 vorgesehen werden. Hierbei handelt es sich um die **Ortsumgehungen Jülich/ Koslar (A 44 bis L 14)** und **Baesweiler/ Setterich (K 27—L 50)**.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Maßnahme in das Bauprogramm 2008 ist, dass spätestens **zum Ende des Jahre 2007 das Baurecht** gegeben ist. Bezüglich der L 14 ist der Planfeststellungsbeschluss bereits bestandskräftig, für die L 50 wird dieser in Kürze erwartet.

## Regionalbahn 23 muss kommen!

Die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion DIE GRÜNEN haben in der Regionalratssitzung am 07. September 2007 einen gemeinsamen Antrag zum **Ausbau der Regionalbahn-Strecke 23** (Bonn—Rheinbach—Euskirchen) eingebracht. Darin appellieren sie an die Landesregierung NRW und die Deutsche Bahn AG, alle Schritte zu unternehmen, um eine **schnellstmögliche Fertigstellung der noch fehlenden Bauabschnitte** der RB 23 zu realisieren. Dies gelte besonders für die Er-

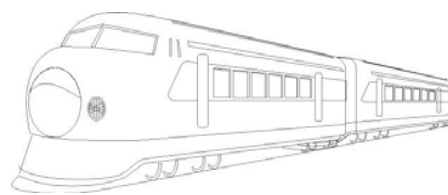
richtung der vier zu-

sätzlichen Haltepunkte „Bonn-Hügel“, „Bonn-Helmholzstraße“, „Alfter-Impekoven“ und „Rheinbach Ost“. Alle Ausbauschritte sollten bereits zum jetzigen Zeitpunkt fertig gestellt sein, Sprecher der DB erklärten jedoch, dass mit Fertigstellung und Inbetriebnahme **erst weit im nächsten Jahrzehnt** zu rechnen sei. „Die Maßnahme hat einen der höchsten positiven Kosten-Nutzen-Werte der IGVP, der geplante Börsengang der DB AG darf nicht zu einem solchen Zeitverzug für diese wichtige Maßnahme führen“, so Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

## Kurz notiert

Bis zu 80 % des geförderten Kieles am Niederrhein werden bereits jetzt in die Niederlande exportiert. **Die Niederländische Regierung will sich nun aus der Steuerung der Rohstoffgewinnung zurückziehen**. Die Verantwortung für die Versorgung der Bauindustrie liege nicht mehr länger beim Staat, auch werde es keine Quotenvereinbarung mehr mit den Provinzen geben, so Dr. J. Cramer, niederländische Raumordnungsministerin. Dies hat insofern problematische Auswirkungen auf NRW, als dass es zu **räumlichen Überbelastungen** kommen könnte. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht!

... ein interfraktioneller Antrag zur RB 23 war Thema der Sitzung des Regionalrates...



## Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat

### Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)  
Stadt Köln

### Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,  
Rhein-Sieg-Kreis

### Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth, MdL,  
Stadt Bonn

### Beisitzer:

Dieter Heuel,  
Rhein Sieg Kreis  
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Ing. Erhard Möller,  
Stadt Aachen  
(Vors. Braunkohlensausschuss)

Dr. Dieter Pesch,  
Kreis Euskirchen  
(Stellv. Vors. Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen)

### Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin  
Verena Vitz  
Zeughausstr. 2-10  
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46  
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:  
info@cdu-regionalrat-koeln.de  
Internet:  
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Aktuelle Infos unter:

[www.cdu-regionalrat-koeln.de](http://www.cdu-regionalrat-koeln.de)



**CDU**  
im Regionalrat Köln

CDU-FRAKTION IM REGIONALRAT DES REGIERUNGSBEZIRKS KÖLN

RRK-Regionalrats-Report Köln

## CDU-Fraktion im Regionalrat Köln unterstützt Handel und Handwerk in Köln Einführung der Umweltzone verschieben!

Zum 01.01.2008 soll in Köln eine **Umweltzone mit weitreichenden Fahrverboten** eingeführt werden. Nachdem sich die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln kritisch zu dem Umfang und den Auswirkungen der Maßnahme für die Stadt und die Region geäußert hat, haben sich nun auch Handwerkskammer und Einzelhandelsverband aufgrund zahlreicher Unklarheiten für eine **Verschiebung des Einführungsstermins** ausgesprochen. Die von der Stadt Köln aufgestellten Ausnahmeregelungen sind das Minimum dessen, was umgesetzt werden muss, um größeren Schaden von der Wirtschaftsregion abzuwenden. Bei unveränderter Umsetzung des Plans der Bezirksregierung werden 7,2 % der PKW-Besitzer in Köln entschädigungslos enteignet und



Feinstaubplakette für die Schadstoffgruppe 4

40 % (!) des Wirtschaftsverkehrs (kleine Lieferfahrzeuge und LKWs) müssen zukünftig einen Bogen um die Kölner City machen bzw. ihre Geschäfte woanders abwickeln. Von der ausbleibenden Kundschaft und dem Schaden für den Tourismus gar nicht zu reden. Leidtragende werden insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen sein, die sich nicht alle paar Jahre einen Fuhrpark nach dem neuesten Stand der Technik leisten können – wenn die Autoindustrie diesen in den vergangenen Jahren überhaupt für ihre gesamte Flotte angeboten hätte.

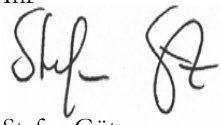
Völlig unverständlich ist auch, dass die Bezirksregierung Köln weiterhin auf der Einführung zum 01.01.2008 beharrt, obwohl zahlreiche andere Städte aufgrund der Unklarheiten die Einführung von Umweltzonen verschoben haben. Und auch die EU verlangt Maßnahmen zur Einhaltung von Grenzwerten **erst ab dem Jahr 2010**. Hinzugefügt werden muss außerdem: **Köln hat überhaupt kein Feinstaubproblem**, wie die Messungen ergeben haben. Und der vom Regierungspräsidenten erlassene Luftreinhalteplan einschließlich der darin vorgesehenen

Fahrverbote basiert auf dem Entwurf einer Kennzeichnungsverordnung, die vom Bund so nie erlassen worden ist.



Verkehrsschild 270.1 weist den Beginn der „Umweltzone“ aus

Nicht nur Köln und die Region brauchen **Planungssicherheit**. Notwendig sind auch einheitliche Regelungen, um Benachteiligungen bestimmter Regionen von vorneherein auszuschließen. Mit seinem Vorpreschen schadet der Regierungspräsident der Stadt Köln und letztlich der gesamten Region.

Ihr  
  
Stefan Götz  
(Fraktionsvorsitzender)

### Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 1: **Umweltzone mit weitreichenden Fahrverboten in Köln**
- Seite 2: **Regionalplanänderungen, Teilabschnitt Region Aachen**
- Seite 3: **Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main**
- Seite 4: **Bauprogramm 2008 / Regionalbahn-Strecke 23/ Kurz notiert! / Impressum**

### Nächste Sitzungstermine:

#### Regionalrat:

Freitag, 14. Dezember 2007, 10 Uhr

#### Verkehrskommission:

Freitag, 23. November 2007, 10 Uhr

#### Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen:

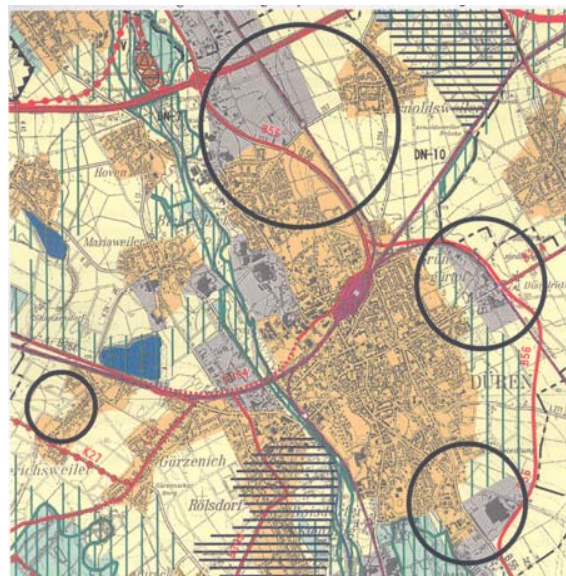
Freitag, 16. November 2007, 10 Uhr

#### Sitzung der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln

Freitag, 30. November 2007, 11 Uhr

## Regionalrat gibt grünes Licht für Regionalplanänderungen im Bereich Düren „Baukompetenzzentrum“ soll angesiedelt werden

... Autobahnanschluss verspricht überörtliche Bedeutung für neues Gewerbegebiet ...



In seiner Sitzung am 7. September 2007 hat der Regionalrat Köln den Erarbeitungsbeschluss für die 9. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Region Aachen, „ASB und GIB im Bereich der Stadt Düren“ gefasst.

Mit dieser Regionalplanänderung sind verschiedene siedlungs-räumliche Planungen der Stadt Düren verbunden.

Die Stadt Düren plant, den nördlich an das Stadtgebiet angrenzenden Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen

(GIB) um ca. 41 ha zu erweitern, da der bestehende GIB weitestgehend belegt ist. Wegen seiner

direkten Lage an einem Autobahnanschluss ist der besagte Gewerbebestandort „Im großen Tal“ von überörtlicher Bedeutung. Weiterhin soll der südlich angrenzende Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) „Birkesdorf“ um einen ca. 17 ha großen Streifen erweitert werden, da es hier Planungen für ein „Baukompetenzzentrum“ gibt, das mit mehreren nicht zentrenrelevanten, großflächigen Fachmärkten in diesem Bereich angesiedelt werden soll.

Als Ausgleich für die Siedlungsraumerweiterung sollen nach den städtischen Planungen verschiedene, bisher als ASB oder GIB im Regionalplan dargestellte Bereiche zurückgenommen werden. Diese entsprechen flächenmäßig in etwa den geplanten Siedlungsraumerweiterungen.

Im Rahmen der Regionalplanänderung soll zudem ein 25 ha großer Teilbereich des

südlich an die Stadt Düren angrenzenden GIB in einen ASB umgewandelt werden. Auch hier soll unter anderem ein Baumarkt angesiedelt werden.

In dem Erarbeitungsverfahren werden nun die Träger öffentlicher Belange zu Anregungen bezüglich dieser Planänderung aufgefordert. Anschließend wird die Bezirksregierung versuchen, in einem Erörterungstermin die Anregungen auszugleichen und in das Verfahren mit einfließen zu lassen, ehe dann der Regionalrat den Aufstellungsbeschluss fassen wird.

„Die Umsetzung der städtebaulichen Zielsetzungen der Stadt Düren stellen ein ausgeglichenes Verhältnis von Freirauminanspruchnahme und Rücknahme von Siedlungsbereichen dar. Die CDU-Fraktion hat mit der Regionalplanänderung einen wichtigen Schritt zur weiteren Entwicklung der Stadt Düren eingeleitet“, so Stefan Götz, Fraktionsvorsitzender der CDU im Regionalrat Köln.

## Regionalrat fasst Aufstellungsbeschluss zum GIB Würselen-Merzbrück Flugplatz macht Platz für Gewerbe- und Industrieblächen

... Umwandlung von Teilbereichen, die für den Flugplatzausbau nicht mehr benötigt werden...



In der Regionalratssitzung am 7. September 2007 hat der Regionalrat Köln den Aufstellungsbeschluss für die 6. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Region Aachen, Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB) Würselen-Merzbrück gefasst.

Die Stadt Würselen hatte die Anregung gegeben, den im Regionalplan dargestellten Flugplatz Merzbrück, in den Teilbereichen, die für den Flugplatzausbau nicht benötigt werden, in einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich umzuwandeln.

Der Erarbeitungsbeschluss wurde am 23. Juni 2006 vom Regionalrat Köln gefasst. Der Erörterungstermin mit der Bezirksregierung fand am 12. Juni 2007

statt. Anregungen des Naturschutzverbandes NRW, der Stadt Eschweiler, der Landwirtschaftskammer NRW und des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes konnten jedoch nicht ausgeräumt werden. **Der Regionalrat ist hingegen der Auffassung der Bezirksregierung Köln gefolgt und hat diese Anregungen zurückgewiesen.**

„Bei vielen neuen Gewerbegebieten gibt es durchaus Bedenken der Nachbarkommunen und der Umweltschützer. Im vorliegenden Fall sind diese Anregungen jedoch schon in vorherige Verfahren eingeflossen. So ist dieser GIB Bestandteil des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes der Region Aachen und hat

daher bereits die Interessen der anliegenden Kommunen berücksichtigt. Die Umwelteinwirkungen werden vom Kreis Aachen als lösbar bewertet und können durch dort vorhandene Biotopverbundplanung kompensiert werden. Wir haben daher, auch weil dieses Gewerbegebiet für die Stadt Würselen, den Flugplatz Merzbrück und die gesamte Region sehr wichtig ist, diese Anregungen zurückgewiesen“, so Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

Der Plan wird nun dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt, welches dann im Einvernehmen mit den anderen fachlich zuständigen Landesministerien über die Genehmigung entscheidet.

## Klausurtagung der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln hat sich im Rahmen einer Klausurtagung vom 31. August bis 1. September 2007 in Frankfurt am Main, unter anderem intensiv mit dem **Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main** beschäftigt.

Im Rahmen der **Verwaltungsstrukturreform** in NRW ist geplant, die mittlere Ebene zwischen Kommunen und Land in drei Regionalverbänden zusammenzufassen. Hiervon sind auch die Bezirksregierungen unmittelbar betroffen.

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln möchte von den Erfahrungen in der regionalen Kooperation im Raum Frankfurt profitieren.

Martin H. Herkströter, ehrenamtlicher Beigeordneter des Planungsverbandes, erläuterte in einem umfangreichen Vortrag Aufgaben und Organisation des Verbandes:

Der Planungsverband, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, wurde durch das hessische Ballungsraumgesetz mit Wirkung zum 1. April 2001 als **Rechtsnachfolger des Umlandverbandes Frankfurt** gebildet. Der Planungsverband besteht aus **75 Kommunen** und führt deren Interessen in zentralen Bereichen, insbesondere in regionalplanerischen Fragen, zusammen.

Hauptaufgaben sind die Erstellung eines **regionalen Flächennutzungsplanes** und eines **Landschaftsplanes**.

Der **regionale Flächennutzungsplan**, der bis 2010 entstehen soll, wird den Entwicklungshorizont dieser Region und aller 75 Mitgliedskommunen bis zum Jahr 2020 darstellen.

Weitere Aufgaben sind das **regionale Monitoring**, die Aufstellung eines **regionalen Einzelhandelskonzeptes** sowie das Engagement in den Gesellschaften Regionalpark, Standortmarketing und Kulturregion.



Einrichtungen ermöglicht.

„Insgesamt ist der Planungsverband ein Vorbild für regionale Kooperation, von dem wir in NRW lernen können. Es ist für die geplanten drei Regionalverbände in NRW, aber auch für die bereits vorher entstehende StädteRegion Aachen wichtig, auf die Erfahrungen von Kommunen und Organisationen zurückzugreifen, die bereits ein solches Modell erfolgreich praktizieren“, so Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

Weitere interessante Programmpunkte der Klausurtagung waren—neben den obligatorischen Fraktionssitzungen—eine Präsentation der Aufgaben und Aktivitäten der **Europäischen Zentralbank** im Europa der Regionen, eine **Einführung in die regionale Hochausplanung Frankfurts**, eine **Exkursion zu den Schwerpunkten der aktuellen regionalen Entwicklungen** sowie die Besichtigung des **Main-Towers**.

### Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main

#### Zahlen, Daten, Fakten:

- Fläche: ca. 2.460 Quadratkilometer
- Einwohner: ca. 2,2 Millionen
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte: ca. 1,0 Million, davon 21 % im produzierenden Gewerbe und 79 % im Dienstleistungsbereich
- Bruttowertschöpfung: ca. 86 Mio. €
- Bruttowertschöpfung pro Einwohner: ca. 39.500 €
- PKW Bestand: ca. 1,3 Millionen
- Wohnungsbestand: ca. 1,1 Millionen

... vor dem Hintergrund der Verwaltungsstrukturreform informiert sich die CDU-Fraktion über ein erfolgreiches Modell regionaler Zusammenarbeit und Kooperation...